

Interview vom Juli 2005

## **Bundestagswahlen, Linkspartei, Münteferings Kapitalismuskritik – Wozu eigentlich?**

Ein Interview mit Guenther Sandleben

*"Will die breite Bevölkerung kein Stimmvieh sein, will sie nicht ihre eigene Unterdrückung legitimieren, dann muss sie selbstverständlich die Bundestagswahl boykottieren. Denn nur die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber."*

*"Die Linkspartei steuert keine wirkliche Befreiung an. Sie will schließlich parlamentarisch organisierte Politik mitgestalten. Sie muss sich also anpassen, um von der Diktatur der öffentlichen Meinung nicht niedergemacht zu werden. Ziel der Linkspartei ist die Wiederherstellung vergangener kapitalistischer Zustände – ein durch Sozialstaatsillusionen vernebelter Kapitalismus."*

Das folgende Interview wurde Mitte Juli 2005 geführt:

PB. Der Kanzler hat die Vertrauensfrage gestellt. Bereits im September wollen die Politiker Bundestagswahlen. Ist die SPD nach der Kapitalismuskritik des Herrn Müntefering endlich wieder wählbar?

GS. Gewiss ist sie wählbar. Für die Unternehmer, für die Vorstände von Kapitalgesellschaften, für die Großaktionäre, für die Couponschneider, für die Eliten aus Politik und Kultur. Für alle, die von der Lohnknechtschaft profitieren und deshalb ein Interesse daran haben, dass die Ausbeutung der Lohnabhängigen nicht nur bestehen bleibt, sondern für das eigene Portemonnaie noch effektiver gestaltet wird. Für sie ist die SPD natürlich wählbar.

PB. Und wen sollten die Lohnabhängigen, die Arbeitslosen und kleinen Rentner wählen?

GS. Nach all den schlechten Erfahrungen mit Schröder und den vorangegangenen Regierungen sollte die breite Masse am besten gar nicht wählen gehen. Hartz IV, der Kahlschlag im Gesundheitswesen, die Reduzierungen bei den Renten, die steuerliche Entlastung der Unternehmer und Vermögenden auf Kosten der breiten Masse und vieles andere haben alle parlamentarischen Parteien mehr oder weniger mitgetragen. Will die breite Bevölkerung kein Stimmvieh sein, will sie nicht ihre eigene Unterdrückung legitimieren, dann muss sie

selbstverständlich die Bundestagswahl boykottieren. Denn nur die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber.

PB. Und die neue Linkspartei? Sie will Harz IV abschaffen. Sie fordert Mindestlöhne, kürzere Arbeitszeiten, Investitionsprogramme. Das wäre doch im Interesse aller Lohnabhängigen.

GS. Solche Ziele sind systemkonform. Die Angst vor Arbeitslosigkeit und Verarmung, die Diktatur der Bosse, die Verelendung inmitten des Reichtums, Herrschaft und Unterdrückung im Arbeitsleben bleiben. Die Lohnsklaverei existiert selbst bei Umsetzung solcher Versprechen fort. Die Linkspartei steuert keine wirkliche Befreiung an.

Aber selbst die dürftigen Wahlversprechen sollte man nicht für bare Münze nehmen. Vor drei Jahren hatten die kleinen Leute Schröder gewählt, um eine Politik des Sozialkahlschlags zu verhindern. Rot-Grün schien ihnen als das kleinere Übel. Tatsächlich hat Schröder eine Politik gegen die breite Masse betrieben, wie sie CDU/FDP hätten kaum schlimmer betreiben können. Wahlversprechen und tatsächliche Politik fallen eben auseinander. Warum sollte dies bei der Linkspartei anders sein? Hier, in Berlin beispielsweise, steht die PDS ganz brav im Dienste der Unternehmer. Als erweiterte Linkspartei wird sie kaum anders handeln. Ich würde keiner Partei, die vorgibt, im Parlament meine Interessen zu vertreten, irgendwie vertrauen. Die Erfahrung spricht dagegen, aber auch die Struktur von Staat und Gesellschaft.

PB. In der Schule und an der Uni lernt man, dass wir in einer Demokratie leben, in der das Volk bestimmt. Wahlen scheinen wichtig, damit jeder Bürger seine eigenen Ziele in die Politik einbringt. Die besten Ideen setzen sich dann durch!

GS. Aber die Erfahrung lehrt das Gegenteil: Als Rot-Grün vor sieben Jahren Kohl ablösten, gab es keinen tatsächlichen Politikwechsel. Neue Gesichter kamen, der Staatsapparat blieb. Die neuen Gesichter haben die Politik des Sozialabbaus und der steuerpolitischen Umverteilung von unten nach oben fortgesetzt; ja beschleunigt fortgesetzt mit der Agenda 2010. Es ist ziemlich belanglos, welche Parteienkonstellation gerade regiert und wer die parlamentarische Opposition bildet. Die wichtigen ökonomischen und sozialpolitischen Trends der Gesellschaft verlaufen unabhängig davon. Beispielsweise sinkt die Lohnquote, ein allerdings ziemlich ungenaues Maß für die Einkommensverteilung zwischen den Klassen, seit Anfang 1980. Sie sank unter Kohl und sank unter Schröder. Die breite Masse verarmt im Vergleich zu den Profit- und Zinsbeziehern. Also noch einmal: Ein Regierungswechsel beinhaltet keinen wirklichen Politikwechsel. Bundestagswahlen, Landtagswahlen etc. haben das Leben der breiten Massen niemals verbessert.

PB. Du erwähntest noch strukturelle Gründe.

GS. Richtig! Unsere Gesellschaft ist kapitalistisch organisiert. Entsprechend kann der bestimmende Zweck nur die Verwertung des Kapitals sein. Auch die Politik lebt unter diesem Regime des Profits. Alle Funktionäre des Kapitals, die Unternehmer wie deren Politiker, gehen deshalb rücksichtslos gegen diejenigen vor, die durch erzwungene Mehrarbeit den Profit produzieren bzw. als Arbeitslose dafür bereitstehen müssen. Denn der Profit wächst, wenn die Funktionäre des Kapitals die Löhne senken, wenn sie die Arbeitszeit verlängern, wenn sie eine höhere Arbeitsintensität erzwingen, wenn sie dank Hartz IV Billigarbeiter einstellen. Die Politik setzt dafür günstige Rahmenbedingungen. Wähler können mit ihrer Entscheidung daran nichts ändern. Andere Gesichter auf den Regierungsbänken ändern nichts an dem funktionalen Zusammenhang von Wirtschaft und Politik.

PB. Gibt es noch weitere strukturelle Gründe, warum der Wähler nichts ausrichtet, wenn er wählen geht?

GS. Ja, im Zentrum der Gesellschaft, nämlich in den Betrieben, herrscht Wahlverbot. Niemand fragt die Arbeiter und einfachen Angestellten, wie sie ihre Arbeitsbedingungen einrichten und wie sie sich in der Arbeit organisieren möchten. Im Betrieb besteht die Despotie der kapitalistischen Funktionäre. Also exakt dort, wo die Menschen wirklich produktiv zusammenleben, wo sie gemeinsam produzieren, sind sie von Entscheidungen ausgeschlossen. Ihr Arbeitsleben wird organisiert. Sie werden gelebt. Sie sind fremdbestimmt, entfremdet.

Sie bekommen den Lohn und müssen das tun, was von ihnen verlangt wird. Sie müssen beispielsweise Panzer bauen, Kunden unnütze Dinge andrehen, die Unwahrheit sagen und schreiben, wenn Unwahrheit von ihnen verlangt wird. Es herrscht zugleich eine Diktatur der Meinung. Der Lohnabhängige muss im Betrieb seine Klappe halten, er darf sich politisch nicht betätigen.

Die Meinungsdictatur reicht bis hinein in den öffentlichen Raum. Dies kann gar nicht anders sein in einer Gesellschaft, in der die Bedingungen der Arbeit, also auch die Bedingungen der öffentlichen Meinungsproduktion, kapitalistisches Privateigentum sind. So liegen die Bildungselemente für die öffentliche Meinung in der Hand der Funktionäre des Kapitals. Journalisten und Redakteure beispielsweise müssen die Meinung produzieren, die von ihnen verlangt wird. Wie eine Katze kraft ihrer inneren Natur Mäuse fängt, wird der Medienkapitalist nur das schreiben und kommentieren lassen, was seiner sozialen Natur entspricht. Zugleich ist er Populist seiner Klasse. Er ist beispielsweise ökonomisch darauf angewiesen, dass Geschäftsleute bei ihm Werbung platzieren. Deren Meinung muss er natürlich berücksichtigen, will er die Geschäftsverbindungen nicht aufs Spiel setzen. Der öffentliche Druck, der auf den Politikern lastet, ist notwendig immer ein

prokapitalistischer Druck. Bereits die Diktatur der öffentlichen Meinung zwingt die Politiker, das zu tun, was die Unternehmer in ihrer Mehrzahl wollen.

PB. Du meinst, der Staat agiert auf der Basis einer umfassenden kapitalistischen Diktatur. Die Ziele sind ihm von der Wirtschaft vorgegeben. Er muss alles tun, damit sich das Kapital möglichst reibungslos und in einem möglichst großen Umfang vermehren kann.

GS. Ja, genau so ist es. Der Staat hat seine Voraussetzungen im kapitalistischen Privateigentum. Das freie Unternehmertum und die damit verbundene Lohnknechtschaft sind seine Operationsbasis.

PB. Wenn Parlament und Regierung nur die Erfüllungsgehilfen der kapitalistischen Wirtschaft sind, dann dürfte es kaum eine Rolle spielen, ob die Linkspartei 5%, 10% oder 50% der Stimmen bekommt.

GS. Dies ist grundsätzlich richtig. Wie schnell sich Parteien wandeln, zeigt die Parteiengeschichte von SPD und Grünen. Hier gilt eine einfache Regel: Je stärker Parteien in die sehr gut bezahlte politische Verantwortung drängen, desto mehr Kapitalismuskritik müssen sie über Bord werfen, bis schließlich nichts mehr übrig blieb. Erst dann gelten diese Parteien als „regierungsfähig“. Schon die Diktatur der öffentlichen Meinung sorgt dafür. Bei der Linkspartei wirkt derselbe Mechanismus. Sie will schließlich parlamentarisch organisierte Politik mitgestalten. Sie muss sich also anpassen, um von der Diktatur der öffentlichen Meinung nicht niedergemacht zu werden. Vorausschauend hat sie sich bereits weit genug angepasst, dass sie über eine wirkliche Kapitalismuskritik schon gar nicht mehr nachdenkt. Würde die Linkspartei stattdessen auf die Organisierung und Mobilisierung der breiten Massen und nicht auf das Parlament setzen, könnte sie der Diktatur der öffentlichen Meinung offensiv entgegentreten. Aber genau dies tut sie nicht. Sie setzt in erster Linie auf den parlamentarischen Weg. Ziel der Linkspartei ist die Wiederherstellung vergangener kapitalistischer Zustände – ein durch Sozialstaatsillusionen vernebelter Kapitalismus.

PB. Dies scheint im Trend zu liegen. Selbst Münteferings Kapitalismuskritik zielte in diese Richtung.

GS. Nach den sozialpolitischen Schweinereien versuchte er, Wähler durch eine populistische Kritik zurückzugewinnen. Die kleinen Leute durchschauten dieses Betrugsmanöver; beispielsweise bewarfen sie Herrn Müntefering am 1. Mai mit Eiern, störten seine Rede, nannten ihn Heuchler.

PB. Was hältst du denn inhaltlich von Münteferings Äußerungen?

Nicht viel. Eine wirkliche Kapitalismuskritik hat der SPD-Vorsitzende gar nicht vorgebracht. Es werden lediglich einzelne Vorgänge kritisiert, nicht aber das kapitalistische System als solches. Die SPD kann ihre eigene Operationsbasis, den Kapitalismus und die parlamentarische Demokratie, auch gar nicht in Frage stellen. Entsprechend systemkonform müssen alle Äußerungen bleiben. Zudem muss die Kritik moderat genug sein, um nicht in Widerspruch zu geraten zu den tiefen Sozialeinschnitten der Agenda 2010 sowie der künftigen Politik des Sozialabbaus.

PB. Mich hat überrascht, dass einige Spitzenmanager wie Porsche-Vorstandschef Wiedeking oder Vattenfall-Chef Rauscher Müntefering unterstützten. Selbst aus dem konservativen Mittelstand kam positive Resonanz. Wie erklärst Du diesen Beifall.

GS. Hier handelt es sich durchaus um Beifall von der richtigen Seite. Münteferings Vorstellung, wonach Finanzinvestoren wie Heuschreckenschwärme über die Unternehmer herfallen, sie abgrasen und dann weiterziehen, passt vielen ins Konzept. Beispielsweise fürchten sich Spitzenmanager vor solchen Finanzinvestoren. Wird nämlich das von ihnen geleitete Unternehmen aufgekauft, verlieren die Vorstände ihre Seilschaften mit den bisherigen Kapital-Eigentümern. Dies kann unter Umständen brenzlich für sie werden. Auf der anderen Seite schützt die SPD mit dem Gesetz, dass demnächst die Vorstandsgehälter börsennotierter Aktiengesellschaften veröffentlicht werden sollen, die Kapitaleigentümer, d. h. die Aktionäre. Kann so etwas als Kapitalismuskritik bezeichnet werden, wenn dahinter nur die Interessen unterschiedlicher Kapitalinteressen stehen? Wohl kaum. Viele innerhalb der Linken vertreten solche partiellen Kapitalinteressen und versuchen, andere dafür zu begeistern. Nehmen wir noch die kleineren bis mittleren Unternehmen. Sie leiden häufig unter der Marktmacht großer, global operierender Konzerne. Kritik daran stößt natürlich auf offene Ohren. Schließlich sehen sich gerade die kleineren Unternehmen von den großen Banken benachteiligt. Sie klagen häufig über die restriktive Kreditvergabepolitik oder über ungünstige Zinsen. Politiker, die das sogenannte Finanzkapital auf die Anklagebank setzen, drücken solche Interessen aus. Oder nehmen wir die „fortschrittliche“ Forderung nach öffentlichen Ausgaben. Investitionsprogramme in Milliardenhöhe will die Linke, um angeblich Arbeitsplätze zu schaffen. In Wirklichkeit geht es um etwas anderes. Arbeitsplätze werden vorgeschoben, um dahinter die Interessen solcher Kapitalgruppen zu verbergen, die von den Investitionsprogrammen profitieren. Dazu gehört beispielsweise die Bauwirtschaft.

PB. Verstehe ich dich richtig: Bei dieser Art von Kritik handelt es sich nur um einen Streit zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen. Und jede Fraktion versucht, andere vor ihren Karren zu spannen.

GS. Ja, gewiss. Nur eine wirkliche Kapitalismuskritik stellt das kapitalistische Verhältnis selbst in Frage. Sie zielt darauf ab, die Lohnknechtschaft zu beseitigen und will eine wirklich freie Gesellschaft schaffen.

Danke für das Interview!